Menschenrechtler fordern Einsatz gegen islamistische Ideologien

16. November 2016

Frankfurt (KNA) Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) fordert zu „Null Toleranz“ für islamistische Ideologien auf. Muslime sollten sich aktiv gegen freiheitsfeindliches Gedankengut stellen, erklärte die Organisation am Dienstag in Frankfurt am Main. Toleranz bedeute keinesfalls, für alles Verständnis zu haben. Den entscheidenden Maßstab dafür, wie Menschen zusammen leben können, stellten die international anerkannten grundlegenden Menschenrechte dar, so die IGFM anlässlich des Welttags der Toleranz am Mittwoch. „Im Namen von Religion werden Frauen entrechtet, Kinder verheiratet, Minderheiten verfolgt und ‚Abtrünnige‘ ermordet“, erklärte IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin. Wer dabei zuschaue, sei nicht tolerant, sondern schuldig „der Beihilfe zur Unterdrückung von Menschen“. Intolerantem Gedankengut müsse jeder offen entgegentreten – „ganz gleich ob Christ, Muslim, Jude oder Atheist“. Diese zentrale Aufgabe könne nicht einfach auf die Schule, Integrationskurse oder Behörden abgewälzt werden. Die IGFM sieht gegenwärtig besonders große Herausforderungen für die islamischen Gemeinden in Europa. Hunderttausende Menschen seien in Deutschland angekommen, in deren Heimatländern zum Teil sehr traditionelle und sogar archaische religiöse Vorstellungen verbreitet seien. Manche Teile des klassischen islamischen Rechts seien mit dem Grundgesetz absolut inkompatibel. Diese Schutzsuchenden brauchen laut IGFM einerseits Hilfe, damit sie die freiheitliche Gesellschaft verstehen lernen. „Andererseits brauchen sie Klarheit, wo die Freiheit des Einzelnen endet und dass ‚göttliches‘ Recht nicht über den Menschenrechten steht“, erklärte die Organisation.

(KNA – qlllp-89-00058)

Stand: 27. November 2026